

Klaus Kemen

Stimmrecht
und Interessenkollision
in der BGB-Gesellschaft,
der Bruchteils- und
der Erbengemeinschaft



PETER LANG

Frankfurt am Main · Berlin · Bern · New York · Paris · Wien

INHALTSVERZEICHNIS

INHALTSVERZEICHNIS	1
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	8
LITERATURVERZEICHNIS	12
Einleitung	1
Erster Teil: Die rechtliche Erfassung des Stimmrechts	6
A. Der Begriff des Stimmrechts	7
I. Die gesetzliche Regelung	7
II. Der Begriff des Stimmrechts in der Literatur	10
III. Der einheitliche Stimmrechtsbegriff der Literatur	12
B. Das Stimmrecht des BGB-Gesellschafters	15
I. Die systematische Stellung des Stimmrechts innerhalb der Mitgliedschaftsrechte	15
II. Das Verhältnis des Stimmrechts zur Geschäftsführungsbefugnis . .	17
1. Das Stimmrecht bei Geschäftsführungsentscheidungen	17
2. Das Stimmrecht als Abschwächung der Geschäftsführungs- befugnis	18
3. Das von der Geschäftsführungsbefugnis unabhängige Stimm- recht bei Grundlagen- und sonstigen Gemeinschaftsgeschäf- ten der Gesellschafter	22
III. Der Ursprung des Stimmrechts im Gesellschaftsverhältnis . .	24
1. Die Unterscheidung von organ-schaftlichem und mitglied- schaftlichem Stimmrecht	24
2. Die Beziehung des Stimmrechts zum Gesellschaftsverhältnis .	26
a) Das Stimmrecht als Ausfluß der Mitgliedschaft	26
b) Die untrennbare Einheit von Mitgliedschaft und Stimm- recht	28
aa) Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zum Ab- spaltungsverbot	28

bb) Das "originäre" Stimmrecht für Nichtgesellschafter im Anschluß an BGH JZ 1960, 490	31
cc) Die Ablehnung des Abspaltungsverbotes in der Literatur	34
dd) Die Begründung des Abspaltungsverbotes in der Literatur	36
IV. Die Notwendigkeit des Stimmrechts bei gemeinschaftlicher Zuständigkeit	41
1. Anknüpfung an die bisherigen Ergebnisse	41
2. Das Stimmrecht als Verwaltungsbefugnis	42
3. Der durch das Stimmrecht beeinflußbare Vermögensbereich	45
a) Das Gesellschaftsvermögen	45
b) Der Gesellschaftsanteil	48
4. Die Träger der zu verwaltenden Vermögensmasse	55
5. Die gemeinschaftliche Zuständigkeit im Unterschied zur Alleinzuständigkeit	57
C. Das Stimmrecht des Teilhabers und des Miterben	60
I. Gemeinsamer Untersuchungsansatz für Bruchteils- und Erbengemeinschaft	60
II. Das Stimmrecht im Rahmen der gesetzlichen Verwaltungsregelung	61
1. Das Stimmrecht bei gemeinschaftlicher Verwaltung nach § 744 Abs. 1 und § 2038 Abs. 1 Satz 1 BGB	62
2. Das Stimmrecht bei mehrheitlicher Verwaltung nach § 745 Abs. 1 und § 2038 Abs. 1 Satz 2 BGB	63
III. Die Vergleichbarkeit der Stimmrechtsentscheidungen innerhalb der Bruchteils- und Erbengemeinschaft mit denen innerhalb der BGB-Gesellschaft	63
1. Verwaltungsentscheidungen bei Bruchteils- und Erbengemeinschaft	63
2. Die Vergleichbarkeit der Verwaltungsentscheidungen mit den Geschäftsführungsentscheidungen	67
a) Die fehlende Unterscheidung zwischen Geschäftsführung und Vertretung	67

b) Das Fehlen einer Zweckvereinbarung als Unterscheidungsmerkmal	68
3. "Grundlagenentscheidungen" bei Bruchteils- und Erbengemeinschaft	70
a) Das Fehlen eines Gesellschaftsvertrags als Unterscheidungsmerkmal	70
b) Die Vereinbarung einer vom Gesetz abweichenden Regelung als "Grundlagengeschäft"	71
4. Sonstige gemeinschaftliche Angelegenheiten	73
IV. Der Ursprung des Stimmrechts in der Teilhaber- und in der Miterbenstellung	74
V. Die Notwendigkeit des Stimmrechts bei gemeinschaftlicher Zuständigkeit	77
1. Der gemeinschaftliche Gegenstand und der Nachlaß als die durch das Stimmrecht beeinflußbaren Vermögensbereiche	77
a) Die Wirkung des Beschlusses im Innenverhältnis	77
b) Die Wirkung des Beschlusses im Außenverhältnis	78
c) Die Außenwirkung des Beschlusses in bezug auf die gemeinschaftliche Vermögenssphäre	82
2. Der Anteil des Teilhabers und der Anteil des Miterben als die durch das Stimmrecht beeinflußbaren Vermögensbereiche	83
D. Die Interessenkollision	85
I. Die Problematik der Interessenkollision bei der Stimmrechtsausübung	85
II. Die auf den Abstimmenden einwirkenden Interessen	86
1. Herkunft und Bedeutung des Wortes "Interesse"	86
2. Der Begriff des Interesses in der Rechtswissenschaft	87
3. Das Privatinteresse	88
4. Das Gesellschafts- und das Gemeinschaftsinteresse	89
5. Sonstige Interessen	90
III. Die für einen möglichen Stimmrechtsausschluß bedeutsamen Interessen	90

Zweiter Teil: Der Ausschluß des Stimmrechts	92
A. <i>Der Stimmrechtsausschluß in den Fällen der §§ 712, 715 und 737 BGB</i>	92
I. Die gesetzliche Regelung	92
1. Allgemeines	92
2. Anwendungsbereiche und Rechtsfolgen	94
II. Die Beschußfassung durch die "übrigen" Gesellschafter	99
1. Der vertragsändernde Charakter der Beschußfassung	99
2. Die ratio legis und die geregelte Interessenkollision	100
3. Die Rechtfertigung des Stimmrechtsausschlusses des Betroffenen	103
III. Die Beschränkung des Stimmrechtsausschlusses auf den jeweils "betroffenen" Gesellschafter	104
1. Die Abberufung und Ausschließung mehrerer Gesellschafter	104
2. Kein Stimmrechtsausschluß in den Fällen "mittelbarer" Betroffenheit	109
a) Beispiele einer "mittelbaren" Betroffenheit	109
b) Die Zustimmungspflicht als Lösung des Interessenkonflikts bei mittelbarer Betroffenheit	111
IV. Schlußfolgerung für weitere Fälle einer Interessenkollision	114
V. Die Beschußfassungen aus wichtigem Grund gegenüber einem Teilhaber oder einem Miterben	116
B. <i>Der Stimmrechtsausschluß bei der Abstimmung über die Entlastung des Geschäftsführers oder des Verwalters, die Befreiung des Mitglieds von einer Verbindlichkeit gegenüber der Gemeinschaft sowie die Geltendmachung eines Anspruchs und die Einleitung oder Erledigung eines Rechtsstreits der Gemeinschaft gegenüber einem Mitglied</i>	120
I. Die Beschußgegenstände und ihre Bedeutung für die Personengemeinschaft und den einzelnen von der Abstimmung betroffenen Gesellschafter, Teilhaber oder Miterben	120
1. Die Beschußfassung über die Entlastung	120
2. Die Beschußfassung über die Befreiung eines Gesellschafters, Teilhabers oder Miterben von einer Verbindlichkeit gegenüber der Gemeinschaft	125

3. Die Beschußfassungen über die Geltendmachung eines Anspruchs und die Einleitung oder Erledigung eines Rechtsstreits der Gemeinschaft gegenüber einem ihrer Mitglieder	130
II. Der Stimmrechtsausschluß	133
1. Die Entwicklung der Rechtsprechung	133
2. Die in der Literatur vertretenen Problemlösungen	142
3. Die Auseinandersetzung mit der von der herrschenden Meinung vertretenen analogen Anwendung der verbandsrechtlichen Stimmverbote	143
a) Der Inhalt eines in den verbandsrechtlichen Vorschriften niedergelegten allgemeinen Prinzips	143
aa) Der Wortlaut des Gesetzes	144
bb) Die geschichtliche Entwicklung der Stimmverbots-tatbestände	145
cc) Das heutige Verständnis der Anwendungsbereiche . .	147
dd) Die von der Literatur aus den verbandsrechtlichen Stimmverboten abgeleiteten allgemeinen Grundge-danken	148
(1) Allgemeines Stimmverbot bei jedem drohenden Interessenkonflikt	148
(2) Der Ausschluß verbandsfremder Sonderinteres-sen	150
(3) Das Verbot des Richtens in eigener Sache und das Verbot des Insichgeschäfts	152
(4) Die Stimmverbote als abgewandeltes Verbot des Insichgeschäfts nach § 181 BGB	153
(5) Die Stimmverbote als Schutz der Minderheit und des Vermögens der Gesellschaft	156
(6) Stellungnahme	157
b) Die Übertragbarkeit des den verbandsrechtlichen Stimm-verboten zugrundeliegenden allgemeinen Rechtgrund-satzes auf die BGB-Gesellschaft, die Bruchteils- und die Erbgemeinschaft	158
aa) Die unvollständige Regelung im Recht der BGB-Gesellschaft, der Bruchteils- und der Erbgemein-schaft	158

(1) Historische Auslegung	158
(2) Teleologische Auslegung	160
bb) Die Vergleichbarkeit des geregelten Sachverhalts mit dem nicht geregelten Sachverhalt	167
III. Der Stimmrechtsausschluß bei Betroffenheit mehrerer stimm- berechtigter Personen	172
C. Der Stimmrechtsausschluß bei der Abstimmung über die Vornahme eines Rechtsgeschäfts mit oder gegenüber einem Gesellschafter, Teilhaber oder Miterben	177
I. Der Beschlussgegenstand und seine Bedeutung für die Personengemeinschaft und den betroffenen Gesellschafter, Teilhaber oder Miterben	177
II. Der Stimmrechtsausschluß	181
1. Die Rechtsprechung	181
2. Die Literatur	184
3. Kritische Würdigung der Lösungsmöglichkeiten und Stellungnahme	187
a) Das Fehlen eines analogiefähigen allgemeinen Rechtsgrundgesetzes	187
b) Die Lücke im Recht der BGB-Gesellschaft, der Bruchteils- und der Erbengemeinschaft	194
c) Die Vergleichbarkeit des geregelten Sachverhalts mit dem nicht geregelten Sachverhalt	201
4. Die Beschränkung des Stimmverbots auf die Abstimmungen über sogenannte Rechtsgeschäfte des Individualverkehrs	205
D. Die Stimmverbote und § 181 BGB	211
I. Problemstellung	211
II. Der Gesellschafter stimmt mit seinen Anteilen in seinem Interesse ab	212
III. Der Gesellschafter oder ein Dritter stimmt als Vertreter für fremde Anteile in seinem Interesse ab	216
E. Das Stimmverbot in den Fällen mittelbarer Betroffenheit	222
I. Problemstellung	222

II. Die Beteiligungsmöglichkeiten an der beschlußfassenden Personengemeinschaft und am Geschäftsgegner	226
1. Die Beteiligungsmöglichkeiten an der beschlußfassenden Personengemeinschaft	226
a) Die möglichen Gesellschafter einer BGB-Gesellschaft	226
b) Die möglichen Teilhaber einer Bruchteilsgemeinschaft	229
c) Die möglichen Miterben einer Erbengemeinschaft	230
2. Die Beteiligung am Geschäftsgegner der abstimgenden Gemeinschaft	231
III. Die Willensbildung in verschachtelten Personengemeinschaften	232
IV. Die Problemlösung in Rechtsprechung und Literatur	234
1. Die Rechtsprechung	234
a) Der Stimmrechtsausschluß bei Befangenheit eines gemeinschaftlich Beteiligten	234
b) Der Stimmrechtsausschluß bei Beteiligung am Geschäftsgegner	239
2. Die Ansichten der Literatur	243
a) Der Stimmrechtsausschluß bei Befangenheit eines gemeinschaftlich Beteiligten	243
b) Der Stimmrechtsausschluß bei Beteiligung am Geschäftsgegner	247
V. Stellungnahme	251
Zusammenfassung	255